

Das Bauprojekt Stuttgart 21: Was bleibt nach der Schlichtung?

Von Oberbürgermeister Thorsten Frei, Landesvorsitzender der KPV Baden-Württemberg

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes steht und fällt mit der Qualität seiner Infrastruktur. Hochleistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist für das exportorientierte Baden-Württemberg ein entscheidender Faktor im Standortwettbewerb. Stuttgart 21, die Anbindung des Flughafens an das Hochgeschwindigkeitsnetz und die Neubaustrecke Wendlingen - Ulm sind eine zentrale Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Von der besseren Erreichbarkeit und vom Zusammenwachsen vieler Regionen in Baden-Württemberg durch Stuttgart 21 werden zahlreiche Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg profitieren.

Deshalb steht auch die KPV Baden-Württemberg ohne jeden Abstrich zum Bahnprojekt Stuttgart 21. Offensichtlich hat man aber in den letzten Jahren in Stuttgart versäumt, einer immer kritischer werdenden Öffentlichkeit das Bauprojekt wiederholt aufs Neue zu erklären. Es wurde verpasst, Akzeptanz für Stuttgart 21 offensiv immer neu zu gewinnen.

Deshalb ist es gut, dass jetzt Projektbefürworter und Projektgegner an einem Tisch sitzen. Die Faktenschlichtung unter der Leitung von Herrn Bundesminister a. D. Dr. Heiner Geißler hat zweifelsohne die Debatte versachlicht. Statt ritualhaft sich in Demonstrationen gegenüber zu stehen, wird wieder miteinander zivilisiert geredet.

Mich persönlich hat die Botschaft des Stuttgarter Verlegers Michael Klett beeindruckt, der in der FAZ am 14. Oktober folgenden Gedanken prägte: „Stuttgart ist dabei friedlos zu werden.“ Die Stadt würde durch den Protest die Geborgenheit verlieren, deretwegen Städte gegründet werden und die ein Gemeinwesen gewährleisten muss, so Klett. Diese Sätze müssen jeden Kommunalpolitiker aufrütteln. Sie zeigen, was auf dem Spiel steht, wenn Prozesse, Projekte und Pläne sich verselbständigen und scheinbar nicht geerdet sind.

Bei aller Kritik bleibt die Feststellung: Stuttgart 21 ist ein demokratisches Projekt. Nach fast zwei Jahrzehnten der öffentlichen Debatte, der Begutachtung, der Planung, der Planoptimierung, der Anhörungen, der Entscheidungen und Gerichtsurteile - allein der Stuttgarter Gemeinderat hat über 200 mal über das Projekt öffentlich beraten - muss Stuttgart 21 auch verwirklicht werden. Der Weg zum Baubeginn war jederzeit und für jeden transparent, rechtlich korrekt und politisch intensiv begleitet. Dennoch scheint es, dass die Politik ihr Instrumentarium neben den eingeübten Verwaltungsprozessen neu lernen müsste. Deshalb ist die interessante Frage: Was bleibt nach der Schlichtung durch Heiner Geißler?

Zunächst bleibt die Frage, wie verlässlich unsere Demokratie ist: Kommunalpolitik lebt von Verlässlichkeit. Verlässlichkeit den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, Verlässlichkeit gegenüber der Wirtschaft und wichtigen Institutionen. Es geht um die Gültigkeit und um die Glaubwürdigkeit demokratisch gefasster Beschlüsse. Es geht auch um Vertragstreue. Wer damit rechnen muss, nach jahrelanger Arbeit und mit gültigen Verträgen auf seiner Seite vor dem Aus zu stehen, wird keine Kraft und kein Geld mehr hierzulande investieren. Bei Stuttgart 21 geht es für unser Land um den Wohlstand, aber vor allem, es geht um die Chancen von morgen. Haben in unserer Gesellschaft wichtige Zukunftsprojekte noch eine Chance? Haben demokratische Institutionen die Kraft Veränderungen umzusetzen?

Ganz entschieden wird sicherlich die Frage diskutiert werden, ob wir mehr direkte Demokratie brauchen. Ich möchte diese schon sehr reflexhafte Frage zurückgeben: Wer heute im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zu wenig Partizipationsmöglichkeiten kritisiert, muss sich auch fragen lassen, warum er von vielen Einflussmöglichkeiten an den Wegmarken des Projekts in den letzten 15 Jahren nicht Gebrauch gemacht hat. Die Forderung nach mehr Partizipation und Bürgerbeteiligung kann nicht nur immer neue Instrumente oder niedrigere Quoren zur Folge haben - viel mehr müssen auch vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten genutzt werden. Und dies sage ich als Oberbürgermeister auch vor dem Hintergrund mancher Gemeinderatsdebatte, die nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet und unter dem Eindruck mancher Bürgerfragestunde, zu der niemand kommt. Die Politik tut gut daran, über die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung ohne Druck des Wahltages im März 2011 in einem sorgfältig gestalteten Prozess und unter Hinzuziehung externen Sachverständigen zu diskutieren.

Eine wichtige Frage, die sich mit Stuttgart 21 verbindet, ist die Frage nach mehr Transparenz staatlichen Handelns: In Zeiten von nahezu uneingeschränkten Informations- und Kommunikationsangeboten über das Internet, müssen sich die politischen Akteure fragen, ob ihr Dialog- und Informationsrepertoire entlang der jahrzehntelang erprobten Regeln noch zeitgemäß ist. Deshalb unterstützt auch die KPV Baden-Württemberg Überlegungen, dass Mitwirkungs- und Informationsprozesse in den Kommunen auch modernen Kommunikationsformen genügen. Entscheidungen volksgewählter Parlamente müssen durch einen interaktiven Bürgerdialog stets reflektiert und flankiert werden. Diesen Wunsch der Bürger müssen politische Akteure respektieren.

Letztendlich kommt es nach der Schlichtung auch darauf an, den Gesprächsfaden - und sei er noch so fragil - nicht abreißen zu lassen. Das Schlimmste wäre Sprachlosigkeit und die damit einhergehende erneute Radikalisierung des Protests. Das hat dieses Projekt, das so viele Chancen birgt, nicht verdient. Deshalb plädiere ich persönlich für einzelne, thematisch klar zugeschnittene Informations- und Gesprächskreise zu allen Diskussionspunkten und Gestaltungsfragen rund um die Realisierung des Bahnprojekts Stuttgart 21. Hier sollen dann Projektgegner, -befürworter und Fachleute zusammen kommen und öffentlich sprechen. Die Argumente müssen auf den Tisch: Denn sie sprechen für Stuttgart 21. Für ein Jahrhundert- und Zukunftsprojekt, aber auch für ein Symbol über die Möglichkeiten und Grenzen bei der Realisierung von großen Projekten.